

Zeitschrift: Der Friede : Monatsschrift für Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung
Herausgeber: Schweizerische Friedensgesellschaft
Band: - (1920)
Heft: 11

Artikel: Von der internationalen Finanzkonferenz in Brüssel
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-802195>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 31.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Deutschlands in den Völkerbund beschliesse, auch wenn die erforderliche Zweidrittelsmehrheit für die Aufnahme Deutschlands zustande kommen sollte. Frankreich wolle zuerst greifbare Garantien in den Händen haben, dass Deutschland gewillt sei, seinen Verpflichtungen nachzukommen.

Worin diese Garantien bestehen, und ob sie überhaupt gegeben werden können angesichts der Deutschland gestellten Unmöglichkeiten, darüber sagt die französische Presse nichts. Sie will einfach nicht, dass Deutschland dem Bund beitreten kann; es würden dort Dinge aufgedeckt, die den Machthabern nichts weniger als angenehm wären.

Nimmt man noch hinzu, dass der Völkerbund in Amerika immer weniger Anhänger hat, besonders dann, wenn Harding als Präsident gewählt würde, so kommt man zum Schlusse: Der Völkerbund steht auf sehr schwachen Füßen. Und ob er je ins Mannesalter kommen wird, ist sehr unwahrscheinlich.

Emmentaler Nachrichten.

Eine eigenartige Forderung an den Völkerbund.

Welch unverantwortliches Schlemmerleben die angeblich zum „Wohle der Völker“ zu Beratungen zusammenkommenden Diplomaten führen, das sieht man wieder einmal — wenn man es nicht sonst wüsste — an der Forderung, die dem Völkerbund von der belgischen Regierung zugeht. Es handelt sich um eine Summe von 80 000 Franken zur Bezahlung der Zigarren, die von den verschiedenen Delegierten an der Konferenz geraucht und mitgenommen wurden. Wenn nur für das Rauchen so viel drauf ging, kann man sich die übrigen Kosten leicht vorstellen. Das geht ja in die Millionen. Dafür sollen auch wir als Völkerbundsgenossen mitbezahlen. Natürlich!

Die belgischen Behörden hatten zur Zeit die Sorge um alles, Hotels, Restaurants, Automobile, Wagen, Essen, Baden usw. übernommen. Nun ist der Völkerbund heute nicht reich genug, um alle Spesen decken zu können. Die Belgier ihrerseits sind aber durchaus nicht geneigt, darauf Rücksicht zu nehmen und behaupten, dass die Konferenz von Spa einen Teil der Operationen des Völkerbundes bilde. Das kann ja mit der Zeit ganz nett werden.

„Es ist schwer keine Satyre zu schreiben!“ möchten wir mit den alten Römern sagen. Diese trieben auch Politik, und zwar noch grosszügigere Politik als unsere heutigen, nur Unsinniges zustande bringenden Schwachköpfe am grünen Tisch, und machten dennoch keinen solchen Aufwand — wenn auch damals nur die Indianer Amerikas dem ekligen Laster des Rauchens frönt. Unsere Zeitgenossen sind wirklich unverbesserlich! Welcher zerstörende Wirbelsturm muss denn noch über uns kommen, bis wenigstens die geistigen Führer unseres zu

grundegerichteten Europa die flammenden Zeichen der Zeit zu deuten lernen und diesen Rücksicht tragen?
L. R.

Von der internationalen Finanz- konferenz in Brüssel.

Dort führte der deutsche Staatssekretär Bergmann über die deutsche Finanzlage aus: Die deutsche Schuld von drei Milliarden Mark im Jahre 1913 ist auf 240 Milliarden im Jahre 1920 gestiegen. Es müsse damit gerechnet werden, dass diese Schuld infolge der Fehlbeträge der Reichseisenbahnen und der Post weiter wächst. Die deutsche Regierung versuche, durch eine Steuerreform grössten Umfangs die Ausgaben mit den Einnahmen in Einklang zu bringen. Mit dem für 1920 erwarteten Eingang von mehr als 37,5 Milliarden seien die Ausgaben des ordentlichen Budgets schon beinahe gedeckt. Grosse Schwierigkeiten ergeben sich indes aus den Verpflichtungen des Waffenstillstandes und des Friedensvertrages. Trotz der bestehenden unerfreulichen Verhältnisse hält Bergmann Deutschlands finanzielle Lage nicht für verzweifelt, aber Deutschland müsse wenigstens soweit gehoben werden, dass es am Weltverkehr wieder in aktiver Weise teilnehmen könne.

Die Ausführungen des deutschen Delegierten Bergmann wurden günstig aufgenommen. Der amerikanische Delegierte Proyen ergänzte seine Erklärungen dahin, Amerika werde Kapitalanlagen im Auslande vornehmen, wenn es sehe, dass in Europa weniger Rivalität herrsche. Die Sieger sollten den Besiegten helfen. Dies ist in der Tat eine sehr vernünftige Ansicht, welche unbedingt durchdringen sollte.
L. R.

Über die missliche Lage unserer Geschäftswelt

urteilt der Präsident der Basler Handelskammer, Herr Rudolf Sarasin-Vischer: Wie der Staat haben auch Handel und Industrie finanzielle Sorgen. Infolge der erhöhten Rohstoffpreise und anderer Faktoren ist eine rückläufige Konjunktur eingetreten. Für unsere Exportindustrien treten die Valutaverhältnisse, die Produktionskosten, die hohen Löhne und die Steuerbelastung in beängstigender Weise in Geltung. Dazu kommt, dass überall, nicht nur in der Schweiz, die Kaufkraft zurückgeht und der Warenhunger aufgehört hat. Grossen Lagerbeständen steht kleine Kauflust gegenüber. Vielfach sind Vermögen und Einkommen erheblich zurückgegangen. An den heutigen Verhältnissen gemessen, erscheinen uns die Sorgen während des Krieges eher klein. In Handel und Industrie wird es der Anspannung aller Kräfte bedürfen, um über die Schwierigkeiten hinwegzukommen.